

Quelle: Steffens, Gerd/ Weiß, Edgar (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004. Frankfurt/M.: Lang, S. 215-234 [Seitenzahlen bitte dem Original zufolge zitieren.]

Sigrid Blömeke

Globalisierung und neue Medien

Widersprüchliche Tendenzen im Hinblick auf internationale Gerechtigkeit und Demokratisierung durch das Internet

Globalisierungsprozesse sind das derzeit auffälligste Merkmal der internationalen Entwicklung. Die Entgrenzung – primär – ökonomischer Prozesse hat seine Ursache maßgeblich in der globalen Arbeitsteilung, basierend auf der Herausbildung weltweiter Märkte, auf denen Kapital, Waren und Dienstleistungen gehandelt werden. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die Entwicklungsdynamik noch einmal enorm beschleunigt und der Globalisierung zum endgültigen Durchbruch verholfen. Gemessen an Kapitalströmen und ausländischen Direktinvestitionen standen vor allem die 90er Jahre ganz im Zeichen der Aufhebung räumlicher – lokaler, regionaler bzw. nationaler – Einschränkungen, in den letzten Jahren hat das Globalisierungstempo in ökonomischer Hinsicht dagegen deutlich abgenommen (vgl. UNCTAD 2003). Dafür zeigen sich nunmehr Auswirkungen auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie z.B. auf Politik, Recht, Kultur und Bildung.

Das Internet trägt in hohem Maße zur Beschleunigung der Globalisierungsprozesse bei. Durch das Medium wird die Lösung aus regionalen Gegebenheiten vereinfacht und gleichzeitig die Kommunikation beschleunigt. Einen enormen Schub bekam diese Entwicklung durch die Privatisierung und Deregulierung der Telekommunikationsmärkte, die 1997 von der Welt handelsorganisation (*World Trade Organisation*, WTO) beschlossen wurde. Im Folgenden soll vor diesem Hintergrund zunächst der Frage nachgegangen werden, was das Internet für das Verhältnis von ‚Erster‘ und ‚Dritter‘ Welt¹ bedeutet: Stellt es im Hinblick auf die Leitidee von internationaler Gerechtigkeit eher ein Potenzial für soziale und ökonomische Angleichungsprozesse dar oder besteht die Gefahr der Verschärfung internationaler Ungleichheiten (Kapitel 1)? Im Anschluss an diese sozio-ökonomische Perspektive erfolgt im Hinblick auf die Leitidee der Demokratisierung eine Analyse des Internetpotenzials unter politischen Gesichtspunkten:

Inwiefern wird freie Meinungsäußerung befördert oder behindert (Kapitel 2)? Abschließend werden mögliche Konsequenzen aus den dargelegten Erkenntnissen diskutiert (Kapitel 3).

1 Gleichheit und Ungleichheit im internationalen Verhältnis

1.1 Positionen zur Rolle der Medien im Entwicklungsprozess

Traditionell sieht ein Teil der Medienwissenschaftler in den Medien ein Instrument der Modernisierung von Entwicklungsländern (vgl. z.B. Schramm 1964). Durch die Vereinfachung der Informationsverbreitung und die Unterstützung von Kommunikationsprozessen könnten endogene Ursachen von Unterentwicklungen überwunden werden, so dass das Entwicklungsniveau einer Gesellschaft insgesamt steigt. Dabei gilt die zentrale Aufmerksamkeit der Überwindung des globalen und innerstaatlichen Zentrums-Peripherie-Gefälles. Das Potenzial des Internet wird in dieser klassisch modernisierungstheoretischen Sichtweise, die auf nachholende Entwicklung setzt, im Vergleich zu den traditionellen Medien als noch größer angesehen. Durch den weltweiten Zugriff auf Informationen über das Internet verlören die Zentren ihren Wissensvorsprung, und durch weltweite Kommunikation werde die Verlagerung von Produktionsstätten in die Peripherien möglich (vgl. Hafez 2000). Damit biete sich für die Entwicklungsländer die Chance, in Bezug auf die im Norden zu beobachtende Abfolge der Entwicklungsstufen Agrargesellschaft – Industriegesellschaft – Informationsgesellschaft die mit immensen ökonomischen Anstrengungen und Risiken verbundene mittlere Stufe quasi ‚überspringen‘ zu können. Als Anzeichen dafür wird beispielsweise die Tatsache genommen, dass Kapstadt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre über mehr Internet-Cafés verfügte als Frankfurt/M. und dass in Südafrika prozentual mehr Zeitungen im Netz verfügbar waren als in Deutschland (vgl. Weirich 1998).

Mit der positiven Einschätzung des Internetpotenzials für gesellschaftliche Modernisierungsprozesse ist in der Regel die Annahme verbunden, dass Entwicklung von ökonomisch starken Zentren ausgehe, dass diese Entwicklung schrittweise zur ökonomischen Entfaltung ländlicher Regionen führe und dass sie politische sowie soziale Reformen nach sich ziehe. Staatliche Investitionen in die für neue Medien notwendige Infrastruktur stellen für diese Abfolge einen wichtigen Baustein dar, um den jeweiligen nationalen Ökonomien eine Teilnahme am Welthandel zu ermöglichen. Die

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) setzt daher ebenso auf das Internet, wie seine Bedeutung von den acht großen Industrienationen (G8) in der „Charta von Okinawa über die globale Informationsgesellschaft“ betont wird:

„Die IT [Informationstechnologie; S.B] stellt für die Volkswirtschaften der Länder im Übergang und der Entwicklungsländer eine enorme Chance dar. Länder, denen es gelingt, das Potenzial der IT zu nutzen, können damit rechnen, konventionelle Hindernisse, die der Infrastrukturentwicklung entgegenstehen, zu überwinden, ihre zentralen Entwicklungsziele, darunter Armutsverminderung, Gesundheit, Hygiene und Bildung, besser zu realisieren und vom raschen Wachstum des weltweiten elektronischen Geschäftsverkehrs zu profitieren.“ (G8 2000)

Das Potenzial der neuen Medien in Bezug auf die Annäherung von Erster und Dritter Welt wird allerdings nicht einhellig so positiv betrachtet. Die Beratungsgesellschaft KPMG (2000, S. 5) stellt in ihrem Gutachten für das britische *Department for International Development* im Gegenteil fest: *„It seems likely that global inequality will increase in the short term as the leading economies are able to pull ahead of developing countries who lack access to knowledge and the technological and institutional infrastructure to effectively deploy it.“* Die Gesellschaft warnt gleichzeitig vor der Annahme, ökonomisch starke Zentren würden schwächere Regionen quasi ‚mitziehen‘. Durch Investitionen in neue Medien könnten zwar gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, deren Zahl jedoch vergleichsweise gering und ohne Folgewirkungen bliebe. Eine Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes würde zudem mindestens kurzfristig negative Folgen wie zum Beispiel steigende Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Der Stadt-Land-Gegensatz sei u.a. aufgrund der neuen Medien bereits im Wachsen begriffen (vgl. ebd.).

1.2 Medienversorgung im internationalen Vergleich

Betrachtet man den derzeitigen technologischen Stand, unterstützen die vorhandenen Daten eher die skeptische Haltung von KPMG. Von den 110 Mio. Servern, über die ein Zugang ins Internet möglich ist, befinden sich auf der einen Seite rd. 85 Prozent in den G7-Staaten (G8-Staaten ohne Russland), in denen nur zwölf Prozent der Weltbevölkerung leben. Auf der anderen Seite befindet sich in den vier bevölkerungsstärksten Ländern (Brasilien, China, Indien und Nigeria), in denen 43 Prozent der Weltbevölkerung leben, weniger als ein Prozent der für die Internetnutzung notwendigen Server (vgl. Afemann 2002, o.P. [S. 5]).² Als besonders benachteiligt müssen die Länder südlich der Sahara gelten. Der Tschad, Sierra Leone, der

Sudan, Burundi, Nigeria und Ruanda gehören zu den Ländern mit der niedrigsten Anschlussrate an das Internet (vgl. KPMG 2000). Entsprechend finden sich auf dem Weltindex für Informations- und Kommunikationstechnik, der die Zahl der Telefonanschlüsse, der Handy-Nutzer, der PC-Ausstattung und der Internet-Zugänge ins Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt setzt, die USA, Singapur und die skandinavischen Länder an der Spitze der Skala, während Entwicklungsländer aus Afrika und Mittelamerika sowie Bangladesch die Schlusslichter bilden (vgl. WEF 2003).

Innerhalb der Dritte Welt-Länder ist ein Internet-Zugang in der Regel nur in den Hauptstädten möglich. Dort wird er von zwei Prozent der Bevölkerung genutzt (überwiegend Männer mit hohem Einkommen und hoher Bildung). Innergesellschaftliche Hierarchien werden reproduziert, indem häufig Frauen sowie bestimmten Kasten, Klassen und Ethnien eine gleichberechtigte Teilhabe verwehrt bleibt (vgl. Skuse 2000). Das heißt, dass sich in den Entwicklungsländern jene soziale Spaltung – noch deutlicher – reproduziert, die auch für die Industrieländer festgestellt wurde (vgl. Perraton 2000, S. 14).

Ein Blick auf die relativ hohen Kosten für die Anschaffung eines PCs in der Dritten Welt, auf deren defizitäre Infrastruktur und auf die ökonomischen Interessen der Ersten Welt lässt auch auf lange Sicht Skepsis berechtigt erscheinen, dass Investitionen in neue Medien zu einer rascheren Entwicklung der Dritten Welt wesentlich beitragen können: Telefon, Strom und PCs sind technische Mindestvoraussetzungen, um am weltweiten Datenverkehr teilnehmen zu können. Mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung verfügen aber nicht über ein Telefon; während in den meisten Industrieländern tendenziell eine Vollversorgung mit Anschlüssen zu registrieren ist, besitzen in den Entwicklungsländern nur sechs Prozent der Haushalte Telefon (vgl. Afemann 2002, o.P. [S. 6]). Mehr als 70 Prozent der afrikanischen Bevölkerung steht nicht einmal ein Stromanschluss zur Verfügung, in den Staaten südlich der Sahara gilt dies sogar für über 90 Prozent (vgl. ebd., S. 8). Der Besitz eines PCs schließlich ist sowohl in Afrika als auch in Asien die Ausnahme (nur 1 bzw. 3 Prozent der Bevölkerung). Um einen Stand zu erreichen, der dem Weltdurchschnitt entspricht, müssten allein für Telefone und PCs (also ohne Elektrifizierung und Ausbildung) Investitionen getätigt werden, die in Ländern wie Indien oder Nigeria fast das Doppelte des Brutto-sozialprodukts betragen (vgl. ebd., S. 11f.). Individuell gesehen muss ein Bangladeshi für den Kauf eines PCs im Durchschnitt acht Jahresgehälter

ausgeben, während ein US-Amerikaner mit einem Monatsgehalt auskommt.

1.3 Kritik an einer stärkeren Internet-Förderung in Entwicklungsländern

Aus zahlreichen Erklärungen der letzten Jahre geht hervor, dass die Industrieländer durchaus bereit sind, die Dritte Welt-Länder beim Aufbau der notwendigen Infrastruktur für die Nutzung der neuen Medien zu unterstützen – allerdings nicht uneigennützig. Sie binden ihre Zusagen an eine Privatisierung und Liberalisierung der Märkte. Vor diesem Hintergrund ist auffällig, dass der Telekommunikationsmarkt in Afrika und den Arabischen Staaten nur zu 28 bzw. 33 Prozent privatisiert ist (verglichen mit 55 bzw. 70 Prozent in Europa und den USA), so dass diese Länder einen interessanten Markt für die großen Telekommunikationskonzerne der Industrieländer darstellen. Ebenso würde – neben der Computerindustrie der Schwellenländer – v.a. die Computerindustrie der Industrieländer von den folgenden Aufträgen zum Kauf von PCs profitieren. Aufgrund mangelnder kultureller Passung und einer technisch defizitären Infrastruktur ist das Risiko des Scheiterns teurer Investitionen in Entwicklungsländern zudem vermutlich eher höher als in Industrieländern. Heeks (2002, S. 1): *„Most information systems – including current ICT projects – in developing countries fail either totally or partially.“* Die Medienprojekte ordnen sich damit in die bitteren Erfahrungen ein, die in der Blütezeit modernisierungstheoretischer Hoffnungen mit Investitionen in Großprojekte der Dritten Welt generell gemacht wurden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Vorteile sich für die Länder der Dritten Welt mit einem umfassenden Netz an neuen Medien überhaupt bieten. Als Hauptchance wird in der Regel der elektronische Handel proklamiert. Derzeit sind allerdings Zollschraken das entscheidende Entwicklungshemmnis, das auch durch einen Vertrieb über das Internet nicht aufgehoben würde. Der Präsident Nigerias führt hierzu aus:

„Die Hoffnungen auf einen faireren Markt wurden durch die Protektionsstrategie der entwickelten Länder zerstört, indem sie ihre Landwirtschaft durch Subventionen, Einfuhrzölle, Quotenregelungen und andere Restriktionen auf Einfuhrgüter aus den Entwicklungsländern schützen.“ (zit. nach Afemann 2002, o.P. [S. 16])

Ein Vergleich macht dies deutlich: Für jeden Dollar Warenexport in die USA muss die Mongolei 16 Cent Zoll zahlen, während Norwegen nur 0,5 Cent Zoll bezahlt. Die EU, die sich v.a. im Agrarbereich mit Zöllen von rd. 40 Prozent des Warenwertes vor Importen schützt, fördert sogar finanziell den Export von Grundnahrungsmitteln in die Dritte Welt, so dass beispielsweise

die (zuvor mit EU-Hilfe aufgebaute) Selbstversorgung mit Milch seit dem Beitritt Indiens zur WTO in diesem Land gefährdet ist.

Eine andere Chance könnte im Bereich der Verwaltungsmodernisierung liegen, und zwar nicht allein dadurch, dass Abläufe effizienter gestaltet werden können, sondern auch dadurch, dass bei automatisierten Verfahren das in den Entwicklungsländern dramatische Problem der Korruption eingeschränkt werden könnte (vgl. Hafez 2001, S. 193). Bisher ist allerdings nicht absehbar, wann für ein solches Vorhaben die „kritische Masse“ (ebd., S. 184) an Zugängen zum Internet vorhanden sein könnte.

Gleichzeitig gilt es, die Gefahr zu bedenken, dass Investitionen in teure Technologien andere – ebenfalls kostenintensive – Entwicklungsmaßnahmen verdrängen. Die Analphabetenrate liegt in den Entwicklungsländern noch immer bei rd. 30 Prozent, in den am wenigsten entwickelten Ländern z.T. bei über 50 Prozent. Vor diesem Hintergrund kann die Anschaffung von PCs kritisch diskutiert werden. Denn für die Hoffnung, zunächst eine hoch gebildete gesellschaftliche Elite zu fördern, von der ausgehend dann weitere Entwicklungsschritte initiiert werden können, lassen sich kaum erfolgreiche Beispiele finden. Sehr viel offensichtlicher ist dagegen zu erkennen, dass die Förderung angepasster Technologien auf breiter Basis zu mehr Wohlstand für alle führt.

1.4 Die Internetdiskussion vor dem Hintergrund der generellen Entwicklung des Verhältnisses von Erster und Dritter Welt

Über die internetspezifische Perspektive hinaus stellt sich die Frage, ob sich das Phänomen der internationalen Ungleichheit in ökonomischer Hinsicht überhaupt so eng, also allein medienbezogen diskutieren lässt. Die Brisanz der Gerechtigkeitsthematik wird bei einem Blick auf die generelle Entwicklung des Nord-Süd-Gefälles seit dem Zweiten Weltkrieg deutlich. Obwohl seit mehr als 50 Jahren Entwicklungshilfe geleistet wird, sind nicht nur die Ungleichheiten zwischen den Ländern nicht verschwunden, sondern sie haben sich im Zuge der Globalisierung sogar verschärft. Zwar können durchaus positive Effekte dieser registriert werden, wie selbst der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph Eugene Stiglitz (2002, S. 18f.) als einer ihrer schärfsten Kritiker zugeben muss. Im weltweiten Durchschnitt steigt das ökonomische Wachstum und sind ein höherer Lebensstandard sowie eine bessere gesundheitliche Versorgung zu verzeichnen. Profitiert haben davon ganze Regionen

wie z.B. Ostasien (insbesondere China). Diesen positiven Effekten steht aber gegenüber, dass die ökonomische Stabilität der Weltwirtschaft sinkt und ökologische Zerstörungen sowie kulturelle Anpassungsschwierigkeiten zunehmen. Den Gewinnerregionen stehen mit Afrika und Osteuropa auch ganze Regionen als Verlierer gegenüber (vgl. ebd., S. 20f.).

In Bezug auf die sozialen Ungleichheiten hat die von der International Labour Organisation (ILO) eingesetzte „World Commission on the Social Dimension of Globalization“ (WCSDG), der u.a. Stiglitz, Ernst Ulrich von Weizsäcker und die Staatschefs von Finnland und Tansania angehören, in ihrem Bericht „A Fair Globalization“ kürzlich darauf aufmerksam gemacht, dass die 20 reichsten Länder der Welt in den letzten vierzig Jahren immer reicher geworden sind, während die 20 ärmsten Länder in ihrer Entwicklung stagnierten, so dass sie relativ gesehen drastisch zurückgefallen sind (vgl. WCSDG 2004). 1960 war das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt Ersterer bereits rund 54 Mal höher als das BIP Letzterer (11.417 zu 212 US-Dollar), heute beträgt es das 120fache (32.339 zu 267 US-Dollar).

Die ökonomischen Ungleichheiten gehen zudem in der Regel mit ungleichen Lebenschancen und politischen Ungleichheiten einher (vgl. Kesselring 2003). In den ärmsten Ländern sind auch die Bildungschancen, die Arbeitsmöglichkeiten und die Lebenserwartung am geringsten, während sie in den reichsten Ländern am höchsten sind – mit steigender Diskrepanz. So hat sich beispielsweise die durchschnittliche Lebenserwartung seit Ende der 80er Jahre deutlich auseinander entwickelt. Während sie in den Ländern mit der bereits zuvor höchsten Lebenserwartung (mit Japan an der Spitze) von 78 auf 81 Jahre gestiegen ist, ist sie in den Ländern mit der zuvor bereits extrem niedrigen Lebenserwartung (mit Sierra Leone an der Spitze) noch einmal um weitere fünf Jahre von 42 auf 37 Jahre gefallen (vgl. ebd., S. 13). Und während die reichsten Länder in der Regel über stabile politische Ordnungen verfügen, fanden in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts neun von zehn Kriege in Entwicklungsländern statt – in der Regel innerstaatlich, meist aufgrund ethnischer Konflikte und mit Zivilisten als ihren häufigsten Opfern. Im internationalen politischen Verhältnis zeichnen sich darüber hinaus die großen Regulierungsinstitutionen (Weltbank, IWF, WTO) durch ein Demokratiedefizit aus, das es dem Norden ermöglicht, durch Zahlungsdiktate in Bezug auf die Schuldenlast auch gesellschaftliche Verhältnisse in den Entwicklungsländern in seinem Sinne – i.e. Privatisierung und Deregulierung einschließlich eines Subventionsab-

baus auch für Grundnahrungsmittel und Bildung – zu beeinflussen (siehe Argentinien!).

Vor diesem Hintergrund stellt sich „Entwicklung“ nicht nur als hochkomplexer und nur schwer zu bewältigender Topos heraus, sondern er ist aufgrund der Globalisierung auch mit der Hypothek belastet, dass Dritte Welt-Länder mit den Standards der Ersten Welt konkurrieren müssen und dass diese parallel ihr Interesse verfolgt, Aufholprozesse zu behindern, sobald Arbeitsplätze im eigenen Land gefährdet sind. Oben war schon darauf hingewiesen worden, dass die Zollschränken der Industrieländer ein wichtiges Hindernis für einen fairen Handel sind. Allerdings ist es auch zu eindimensional, die Ursachen für Unterentwicklung allein in der ökonomischen Ungleichheit der Welt zu sehen. Klimatische und geografische Nachteile, Folgen des Kolonialismus (willkürliche Grenzziehungen und rohstofforientierte Monokultur) sowie politische Missverhältnisse aufgrund des Gebarens der eigenen Elite tragen zu den Problemen der Dritten Welt bei.

1.5 Ausblick: mehr internationale Gerechtigkeit durch verschärfte Globalisierung aufgrund der Internetentwicklung?

Auch wenn die modernisierungstheoretisch gespeiste Idee einer umfangreichen Investition in neue Technologien kaum nachhaltige Wirkungen – insbesondere nicht in die Breite – verspricht, kann einer Abkopplung hiervon auch nicht das Wort geredet werden. Vermutlich hilft nur der Blick auf die derzeit prinzipiell ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen weiter, die einerseits von ungleichen Tauschverhältnissen und andererseits von Handelshemmnissen geprägt sind, die die Erste Welt errichtet (s.o.). Wird Unterentwicklung als Folge eines Bündels von Faktoren interpretiert, wird auch nur ein Bündel an Maßnahmen Veränderungen ermöglichen: Dazu gehören innerstaatliche politische und soziale Reformen ebenso wie ein Abbau der Handelshemmnisse und ein Schuldenerlass durch die Industrieländer. Kesselring (2003) schlägt darüber hinaus Freihandelsbeschränkungen für typische Wirtschaftszweige der Dritten Welt vor, um ihnen so Schutzräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Ob dies allerdings realistische Perspektiven sind, darf bezweifelt werden. Die derzeit beobachtbare zweite Globalisierungswelle, in der aufgrund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationsmarkt Verlagerungen von Arbeitsplätzen aus Industrieländern in Entwicklungsländer stattfinden, scheint die staatliche Verlust-Gewinn-Bilanz von Norden und Süden erstmals um-

zudrehen. Kontoverwaltung, Call-Center-Ansagen und Software-Entwicklung können genauso gut, aber ungleich billiger von gebildeten Eliten Tausende von Kilometern entfernt in einem Entwicklungsland geleistet werden. Nach Schätzungen werden allein die USA in den nächsten zehn Jahren mehrere Millionen Arbeitsplätze an Indien verlieren. Genau diese Entwicklung hat in den USA derzeit eine Protektionismusdebatte zur Folge. Die Republikaner legen bereits einen Gesetzesentwurf vor, der das Outsourcing von Dienstleistungen in ein anderes Land verbieten soll. Die USA, bisheriger Schrittmacher der Globalisierung, sehen sich von ihren Folgen negativ getroffen und wollen ihnen nun Einhalt gebieten.

Ob aber selbst ein ökonomisch so bedeutsames Land wie die USA Entwicklungen, deren Vorreiter supranationale Konzerne sind, aufhalten kann, darf bezweifelt werden. Vermutlich kann internationalen Entwicklungen nur mit internationalen Organisationen begegnet werden. Die WCSDG (2004) schlägt vor diesem Hintergrund eine Reform von Institutionen wie Weltbank, IWF und WTO durch stärkere parlamentarische Kontrolle und eine höhere Beteiligung von Entwicklungsländern und Nichtregierungsorganisationen sowie die Einrichtung eines Weltkartellamtes vor, das die Marktkräfte wirksam kontrolliert. Für den IWF würde dies nichts anderes bedeuten, als zu dem Zweck zurückzukehren, zu dem er gegründet worden ist (vgl. Stiglitz 2002, S. 248ff.): als globale Steuerungsinanz die weltweite ökonomische Nachfrage in den Blick zu nehmen und den Beitrag der Volkswirtschaften dazu zu gewährleisten. Seit den 80er Jahren ist unter dem Druck der Finanzinteressen von diesem Ziel Abstand genommen und stattdessen eine Politik der Deregulierung der Kapitalmärkte verfolgt worden. *Global governance* mit einem Gerechtigkeitsmodell, das von Erster und Dritter Welt geteilt wird, dürfte aber die einzige Chance „für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ (ebd., S. 283) sein – und klingt das derzeit noch so utopisch.

2 Mehr Information und Aufklärung durch neue Medien?

2.1 Globale Konzentrationsprozesse in der Medienwirtschaft

Die neuen Medien haben in den 90er Jahren auch in der Medienwirtschaft einen globalen Konzentrationsprozess ausgelöst, der zuvor nur auf nationaler Ebene feststellbar war. Wenn sich auch die ökonomischen Grundzü-

ge der Medienlandschaft nicht auf das Phänomen der ‚Medienmogule‘ reduzieren lassen, zeigt ein Blick auf (transnationale) ökonomische Verflechtungen das Problem der Anbieterkonzentration, des ‚*more of the same*‘, das weltweit die Meinungsvielfalt bedroht und das zwangsläufig mit immer stärkeren Aufmerksamkeitsreizen (= Gewalt und Personalisierung) im Interesse des Wettbewerbs einher geht. Was bereits seit längerer Zeit in vielen Ländern auf nationaler Ebene beobachtet werden konnte – Zeitungssterben, insbesondere in Bezug auf die kritische Presse, Übernahme von Fernsehsendern – wiederholt sich auf internationalem Level.

Durch die Fusion von Firmen aus den Bereichen Telekommunikation, Entertainment und Publizistik erreichen die Medienkonzerne erstmals das Niveau anderer globaler Industrien (vgl. Hachmeister/Rager 2000, S. 12f.). Augenfällig wurde diese Entwicklung in der Übernahme von Time Warner, des zuvor schon umsatzstärksten Medienkonzerns, durch AOL im Jahr 2000. Das feindliche Übernahmeangebot von Comcast, dem größten Anbieter von Kabelfernsehen in den USA, der im Jahr 2002 zunächst das Kabelgeschäft von AT&T übernahm, für den Unterhaltungskonzern Walt Disney, zu dem Filmstudios, Fernsehsender und Freizeitparks gehören, im Jahr 2004 führt die Integration von Distribution und Inhalt auf einem gleich höheren Niveau fort. Gleichzeitig würde noch vor der AOL/Time Warner-Gruppe der weltweit größte Medienkonzern entstehen. Da es sich um eine „vertikale“ Übernahme eines Programmanbieters durch einen Netzbetreiber handeln würde, werden wettbewerbsrechtliche Bedenken nicht erwartet (vgl. Kabelanbieter Comcast greift nach Disney 2004).³

Die entstandene Kapitalkonzentration macht es leicht, unliebsame Konkurrenz ebenso wie neu entstehende Firmen einfach aufzukaufen. Zur internationalen politischen Macht der großen Medienunternehmen führen Balnaves, Donald und Donald (2001, S. 60f.) aus:

„Obwohl Konkurrenten, schließen sie sich bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele gegebenenfalls auch zusammen, um bei anderer Gelegenheit mit anderen Partnern Interessengemeinschaften zu bilden, je nachdem, was die wirtschaftlichen und politischen Umstände erfordern. Mit ihren wechselnden strategischen Partnerschaften und dem Drängeln um territoriale Vorteile erinnert die Medien- und Informationsbranche an die Großmachtspolitik des 19. Jahrhunderts: Wie die Großmächte kolonialisieren und besetzen sie neue Märkte. Wo das nicht mit dem Einverständnis der Betroffenen möglich ist, wird Kanonenbootpolitik betrieben. Bereits heute sind diese Medienimperien zu mächtig, als dass sie durch nationale Gesetze kontrolliert werden könnten.“

Dieser Konzentrationsprozess ist insofern demokratiegefährdend, als nur noch schwer vorstellbar ist, dass Politik gegen die Medien machbar ist. Im Unterschied zu traditionellen Großkonzernen verfügen Medienkonzerne

nicht nur über primäre ökonomische (und damit bereits politische) Macht aufgrund von Kapitalakkumulation, sondern sie verfügen gleichzeitig über sekundäre publizistische (und damit erneut politische) Macht, indem sie die öffentliche Meinung zu politischen Fragen nach eigenem Gutdünken beeinflussen können.

Die Tatsache des Privateigentums darf allerdings nicht mit der Vorstellung gleichgesetzt werden, dass Journalisten nur ‚Handlanger‘ politisch-ökonomischer Interessen darstellen. So willfährig verhalten sich die Medien nicht, „doch hinterfragen sie die Regierungspolitik ausschließlich innerhalb des Rahmens der gemeinsamen Machtinteressen von Staat und Wirtschaft. Differenzen zwischen den Eliten finden in den Medien ihren Niederschlag, aber die eng gezogenen Grenzen des Konsenses werden nur selten überschritten“ (Chomsky 2003, S. 123). Durch die Art der massenmedialen Kommunikation – wenige Sender an viele Empfänger – ist zudem eine eindimensionale Nutzung vorgegeben. Einzige Möglichkeit der ‚Gegenöffentlichkeit‘ sind bei diesen Medien Leserbriefe, das Abschalten von Programmen bzw. die Kaufverweigerung.

In Amerika ist die Medienwirtschaft bis auf wenige Ausnahmen privatwirtschaftlich organisiert. Die Versorgung von breiten Bevölkerungsgruppen mit Informationen bleibt damit im Wesentlichen den wenigen Eigentümern von Medien und ihren Angestellten vorbehalten. Staatliche Mediensysteme herrschen v.a. in autoritären Staaten vor, ohne dass Meinungsfreiheit auf diese Weise besser gesichert wird – im Gegenteil sind regelmäßig Versuche unmittelbarer Einflussnahme festzustellen. Das in weiten Teilen Europas (einschließlich der osteuropäischen EU-Beitrittsländer) dominierende duale Rundfunksystem, in dem öffentlich-rechtlich verfasste Programme private Sender ergänzen, sichert demgegenüber zwar ein Medienangebot weitgehend unabhängig von privaten Interessen, doch ist der Preis dafür die Abhängigkeit von den Interessen großer gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der politischen Parteien. Dies wurde in Deutschland zuletzt an der Besetzung des Intendantenpostens beim ZDF augenfällig. Die Tendenz zur Stromlinienförmigkeit wird dadurch verstärkt, dass durch die Konkurrenz mit den privaten Sendern mehr und mehr die ‚Quote‘ zum bestimmenden Faktor für das Angebot auch in ARD und ZDF wird.

Der vergleichsweise spät anlaufende Globalisierungsprozess in der Medienindustrie zeigt allerdings, dass Medienkonzerne nicht bis ins Detail mit anderen Marktsegmenten vergleichbar sind. Die Besonderheit der Ware

Information ist, dass Medienangebote nicht nur ökonomische Güter, sondern auch kulturelle Güter sind (vgl. Sjurts 2004, S. 22). Eine empirische Analyse der Internationalisierungsstrategien der sieben größten deutschen Medienkonzerne zeigt, dass sie sich in allen Mediensparten bemühen, im Ausland lokale Bedürfnisse zu befriedigen (vgl. ebd., S. 28). Im stärker informationsorientierten Medienspektrum ist dies notwendiger als im unterhaltenden und beim textorientierten Angebot ist dies notwendiger als beim bildorientierten. Die sieben Konzerne haben für die Marktbearbeitung entsprechend im Printbereich ausschließlich multinationale Strategien gewählt, d.h. dass für jeden ausländischen Markt eine spezifische, lokal angepasste Produktvariante und eine eigene Wettbewerbsstrategie entwickelt wurde (vgl. ebd., S. 23). In Bezug auf Hörfunk- und Fernsehangebote ist die lokale Produktstrategie dagegen in eine globale Dachstrategie eingebunden, um stärker Globalisierungsvorteile nutzen zu können („glocale Strategie“, ebd.). Sjurts resümiert, dass die Medienkonzerne angesichts der Kulturgebundenheit ihrer Produkte offensichtlich mehr oder weniger stark nach dem Prinzip handeln: „think global, act local“ (ebd., S. 29). Er spiegelt damit die Widersprüchlichkeit und die Unentschiedenheit der Debatte um das Verhältnis von Kultur und Globalisierung wider (vgl. z.B. die Kontroversen in Beck/ Sznajder/ Winter 2003 und Brunkhorst 2000): Überformen globale Tendenzen alle lokalen kulturellen Eigenheiten, können sich diese behaupten oder kommt es zu einer Verschränkung lokaler und globaler Einflüsse? Beck (2003) erwartet Letzteres und bezeichnet dies optimistisch als „verwurzelten Kosmopolitismus“.

2.2 *Mehr Informationsfreiheit in autoritären Staaten?*

Insbesondere mit Blick auf oben angesprochene Entwicklungsländer lässt sich die Frage nach Förderung oder Begrenzung von Information und Aufklärung durch das Internet stellen. Eine wichtige Frage ist, inwieweit die Entwicklungsländer außer ökonomischen auch soziale oder politische Interessen mit den neuen Technologien verbinden. Da die Inhalte des Internet nur schwer kontrollierbar sind, wird es von autoritären Regierungen häufig als Bedrohung der eigenen Macht angesehen. Skuse (2000, S. 4): *„The free flow of information in poor countries is the exception rather than the rule and poverty places further restrictions on access to information.“* Insofern ist die Frage nach freier Meinungsäußerung unmittelbar mit der nach demokratischen Grundrechten verknüpft (wenn auch insgesamt festgestellt

werden muss, dass in Diktaturen in der Regel nicht der Mangel an Informationen das zentrale Problem ist).

Die UN-Menschenrechtskonvention von 1948 proklamiert: *“Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers.”* (Art. 19) Zahlreiche Länder lassen aber keinen freien Zugang zum Internet zu, sondern beschränken diesen durch Filtersoftware oder Anmeldezwang. Einige Beispiele: Saudi-Arabien filtert das gesamte Datenaufkommen der 37 *Internet Service Provider*, über die der Zugang zum Netz erfolgt, und schließt Seiten aus, „die den islamischen Werten widersprechen“ (zit. nach Balnaves/Donald/Donald 2001, S. 87). Im Iran werden vergleichbare Regelungen angewendet. In Vietnam ist – wie z.B. auch im Sudan, in Tadschikistan und Weißrussland – eine staatliche Genehmigung erforderlich, um Zugang zum Internet zu erhalten. Zudem sind für Vietnamesen u.a. die Seiten von Menschenrechtsorganisationen nicht zugänglich.

Rigide Beschränkungen des Zugangs zum Internet bedeuten allerdings gleichzeitig auch die Abschottung von wirtschaftlichen Entwicklungen. Im Extrem zeigt sich dies z.B. in Nordkorea, das – wie die meisten der oben genannten Länder – mit den Internet-bezogenen Einschränkungen allerdings nur eine bereits seit langem praktizierte Verhinderung von Öffnung fortsetzt. Am Beispiel Chinas wird deutlich, dass eine nur aus ökonomischen Gründen durchgeführte Privatisierung des Medienmarktes unter demokratischen Gesichtspunkten einen Fortschritt bedeuten kann, indem ein freierer Zugang zu Informationen möglich wird (vgl. Schmiedel 2000). In der Vergangenheit unterlag die Medienproduktion in China einer strikten staatlichen Kontrolle; mit dem Beitritt der Volksrepublik zur WTO musste auch der Medienmarkt für privates Kapital geöffnet werden, so dass – die Bewilligung einer Lizenz vorausgesetzt – Zensur nun weit schwieriger ist als zuvor. Die Zahl der PCs mit Internet-Anschluss (derzeit ca. 30 Mio.) sowie der Internet-Cafés (ca. 110.000) wächst rapide.⁴ Die Regierung fördert das Internet als Schlüsseltechnologie u.a. mit der Verlegung von Breitbandkabeln. Noch immer kontrollieren allerdings rd. 40.000 staatliche Bedienstete Internetseiten und Chat-Räume auf regimekritische Äußerungen hin. In den Internet-Cafés müssen Nutzer ihren Ausweis vorzeigen und werden die von ihnen aufgerufenen Seiten automatisch für Überwachungszwecke gespeichert. Derzeit sitzen mehrere Dutzend Chinesen wegen regimekritischer

Äußerungen im Internet in Haft (vgl. Maass 2003). China hat sich auf dem ersten *World Summit on the Information Society (WSIS)* der UNO im Dezember 2003 auch am stärksten gegen ein Menschenrecht auf freien Zugang zu Informationen ausgesprochen.

In kultureller Hinsicht ist eine weitere Perspektive zu bedenken, die den Gegenpart zu mehr Informationsfreiheit und -vielfalt darstellt. Mit dem Import von High Tech-Infrastruktur und -Geräten werden technologische Lösungen sowie kulturelle Inhalte der Industrieländer transportiert, deren Brauchbarkeit für Entwicklungsländer in Frage gestellt werden kann. Leitbild der Medienpioniere ist in der Regel der westliche Industriestaat mit seiner Urbanisierung und Industrialisierung (vgl. Saxer/Grossenbacher 1987). Die erste *African Virtual University* wurde von den Industrieländern finanziert, mit ihr wurden gleichzeitig die Lehrinhalte aus den USA und Europa sowie deren Sprachen importiert. Im nachkolonialen Zeitalter, in dem die Länder Afrikas eine Chance auf Selbstentwicklung auch in intellektueller und sprachlicher Hinsicht bekommen müssen, erscheint das problematisch. Skuse (2000, S. 11): „*Concerns over the potential erosion and loss of local knowledge as a consequence of the development of a ‚knowledge economy‘ dominated by Western knowledge is featuring in critical ICT debates.*“ Wie sollen Entwicklungsländer angesichts der offensichtlichen Dominanz finanzstarker Meinungsanbieter ihre Interessen öffentlich machen und ihrer eigenen kulturellen Wahrnehmung Geltung verschaffen?

Im Zuge des GATS-Abkommens (*General Agreement on Trade in Services*) der WTO könnte sich diese Problematik ausweiten, wenn nach Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Handel, Transport und Tourismus auch der Dienstleistungsmarkt liberalisiert wird und – was derzeit allerdings noch dementiert wird – auch im Bildungsbereich Privatisierung oberste Priorität bekommen sollte. Dies würde bedeuten, dass ausländische Anbieter gegenüber einheimischen Unternehmen nicht benachteiligt werden dürfen, sondern ggf. sogar dieselbe öffentliche Förderung bekommen müssen, so dass private Bildungsanbieter aus Industrieländern mit ihrem technologischen Vorsprung und ihren an westlicher Kultur ausgerichteten Inhalten weltweit auf den Markt drängen könnten. Abgesehen von der generellen Problematik, dass Liberalisierung von Märkten schon in der Vergangenheit oft immer nur eine einseitige Aufhebung von Wettbewerbsbeschränkungen, nicht aber eine Sicherung von Mindeststandards in Bezug auf die Qualität der Angebote und Lohn- sowie Schutzbestimmungen

bedeutete verbinden sich hier also zwei Aspekte der Globalisierung des Bildungswesens: zum einen die internationale Standardisierung von Bildungssystemen und -inhalten und zum anderen die Durchsetzung von Marktmechanismen im Bildungsbereich. Wenn der Bildungsbereich aufgrund seiner starken kulturellen Bindung auch zu den gesellschaftlichen Bereichen mit dem größten immanenten Widerstandspotenzial gegenüber Globalisierungstendenzen gerechnet werden kann, sind entsprechende Tendenzen doch unverkennbar.⁵ Welche Ungleichzeitigkeiten dabei entstehen, zeigt das Beispiel Indien: hoher Ausbildungsstand bei großen gesellschaftlichen Gruppen neben einem unzureichend ausgebauten Arbeitsmarkt, der diese aufnehmen kann; vormoderne Verwaltungsstrukturen, Monoedukation und patriarchalische Personalstrukturen neben Online-Seminaren und westlichen Internet-Firmen mit *equality*-Anspruch; zunehmende Kommerzialisierung des Bildungswesens neben heftigen Studentenprotesten, die soziale Ungerechtigkeiten befürchten (vgl. Grefe 2004).

2.3 *Globalisierung der Überwachung*

Ein Aspekt, der im Hinblick auf politische Folgen der globalen Medienentwicklung häufig übersehen wird, ist die Tatsache der digitalen Überwachung weiter Lebensbereiche. Wenn die Reproduktion des Nord-Süd-Gefälles in diesem Zusammenhang auch ein eher nachrangiges Problem darstellt, da überwiegend hegemoniale Kämpfe zwischen den Industrieländern ausgetragen werden, ist der Zusammenhang zwischen neuen Technologien und globaler Überwachung doch unübersehbar (vgl. STOA Interim Study 1998). Parabol-, Laser- Stroboskop- und Informationstechnologien ermöglichen auditive und visuelle Datenaufnahmen über große Entfernungen, mit ultrakleinen Geräten und automatisch.

Manuelle Überwachung ist bei einer Weltbevölkerung von rd. 6 Milliarden Menschen ein aussichtsloses Unterfangen, selbst wenn der „Gegner“ – wie auch immer definiert – vergleichsweise klar erkennbar ist. So benötigte schon der kleine DDR-Staat mehr als 10.000 Personen nur für die Überwachung des Telefonverkehrs. Digitale Informationssysteme analysieren dagegen alle halbe Stunde mehr als eine Million Botschaften aus der weltweiten Telekommunikation zwischen Privatleuten, Politikern und Wirtschaftsmanagern (einschließlich Telefon, eMail und Fax), die sie automatisch in mehreren Schritten auf zehn Detailinformationen reduzieren. Nur diese werden dann noch per Hand überprüft. Visuelle Überwachung identifiziert

derzeit bereits in London Autonummern und gleicht sie automatisch mit Fahndungsdateien ab. In Kombination mit Geographischen Informationssystemen kann dann sogleich die Meldung an den nächsten Polizeiwagen gegeben werden. In einem Bericht der britischen OMEGA-Foundation für die Kommission zur Technikfolgen-Abschätzung des Europaparlaments wird vorsichtig darauf hingewiesen, dass auf dem Tiananmen Platz Kameras gestanden haben, die Siemens als Verkehrssysteme an China verkauft hat, die dann aber zur Identifizierung der Demonstranten genutzt wurden (vgl. ebd., S. 4). Der nächste Entwicklungsschritt wird die automatische Gesichtserkennung sein, so dass öffentliche Plätze und sicherheitsrelevante Durchgänge (z.B. an Bahnhöfen und Flughäfen) lückenlos überwacht werden können.

Das weltweit derzeit umfassendste Überwachungssystem „Echelon“ wird von den USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland betrieben. Es unterliegt keiner demokratischen Kontrolle, da es unter der Leitung der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) von den Geheimdiensten dieser Länder betrieben wird. Nur bei der NSA fließen alle Informationen zusammen. Seine Einrichtung Anfang der 90er Jahre wurde mit dem Schutz vor internationalem Terrorismus und internationaler Kriminalität gerechtfertigt. Über Knotenpunkte der Datenübertragung wie Satelliten, Funktürme und Überseekabel wird weltweit der komplette Kommunikationsverkehr von Telefonen, Faxgeräten und PCs überwacht. Mit Hilfe von Schlüsselbegriffen, Namen und Stimmerkennung wird versucht, die Informationsflut zu klassifizieren. Dass dies nicht immer gelingt, zeigt der 11. September 2001. Zwar war es im Nachhinein möglich, umfassende Kontakte zwischen den Attentätern und der Gruppe um Osama Bin Laden sowie die Details der Planung nachzuvollziehen, eine Warnung im Vorhinein gelang jedoch nicht.

Obwohl auch die Kommunikation der bundesdeutschen Bevölkerung abgehört wird und die Echelon-Betreiber über entsprechende Stationen in Deutschland verfügen, sind die deutschen Geheimdienste von dieser Überwachung ausgeschlossen und haben auch keinen Zugriff auf die Echelon-Daten. Die Bundesrepublik reagierte darauf damit, dass einerseits ein eigenes System aufgebaut wurde und dass andererseits eine Beteiligung an dem europäischen Pendant Enfpopol erfolgt. Dieses ist im Übrigen niemals von einem nationalen Parlament oder dem Europaparlament diskutiert

und gebilligt worden, sondern seine Konzeption wurde in informellen Expertengremien ausgehandelt (vgl. ebd., S. 7).

Die Problematik der internationalen Überwachungssystemen liegt darin, dass nicht zuerst ein Verdacht vorhanden sein muss, bevor eine Person verfolgt wird, sondern dass dieses Prinzip umgedreht wird: Prinzipiell ist zunächst einmal die ganze Welt verdächtig. Dies geht soweit, dass viele Staaten ihren Bürgern vorschreiben, Daten nur soweit zu verschlüsseln, dass sie von den Geheimdiensten „geknackt“ werden können. Zudem werden gezielt, prinzipiell „verdächtige“ Personengruppen bestimmter sozialer oder ethnischer Herkunft abgehört (vgl. ebd., S. 4).

War die Einrichtung von Überwachungssystemen im Zuge des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion gerichtet, gilt die Sorge zunehmend weniger der Überwachung politischer „Gegner“ (mit Ausnahme des weltweiten Terrorismus) als der Nutzung für Wirtschaftsspionage. Dieser Vorwurf richtet sich v.a. gegen die USA. Im STOA-Bericht für das Europaparlament heißt es: „Unlike many of the electronic spy systems developed during the cold war, ECHELON is designed for primarily non-military targets: governments, organisations and business in virtually every country.“ (ebd., S. 5) Europäische Firmen seien im internationalen Wettbewerb immer wieder unterlegen, weil den amerikanischen Firmen die Bietersummen für größere Aufträge bekannt gemacht würden. Die jüngst erhobenen Vorwürfe gegen Geheimdienste, den UN-Generalsekretär Kofi Annan im Zuge des Irak-Krieges abgehört zu haben, stärken diesen Verdacht. Im Jahr 2000 setzte die Fraktion der Grünen im Europaparlament vor diesem Hintergrund die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu Echelon durch. Allerdings nahmen weder die USA noch Großbritannien an dessen Arbeit teil.

3 Konsequenzen

3.1 Internationale Ungleichheit im Zugang zum Internet

In internationaler Hinsicht ist festzuhalten, dass Ungleichheiten zwischen den Ländern kaum durch Investitionen in das Internet aufzuheben sind. Gesellschaftliche Probleme können nur durch gesellschaftliche Reformen gelöst werden. Mit einer gewissen Sensibilität könnten aber teure und unnütze Investitionsruinen vermieden werden, wenn beachtet wird, dass in den meisten Entwicklungsländern das Radio das bisher bedeutendste Medium für die Informationsverbreitung darstellt (vgl. Becker 2002). Da für

seine Nutzung keine teure Infrastruktur notwendig ist, handelt es sich um eine prinzipiell billige Technik, die zudem der überlieferten Oralkultur entgegen kommt. Hier unterstützend tätig zu werden – v.a. im Bildungsbereich – erscheint im Hinblick auf gesellschaftliche Breitenwirkung erheblich Erfolg versprechender als in PCs zu investieren. Perraton (2000, S. 22): *„In basic education, the comparative cost of lower-level technologies (e.g. radios) gives them an advantage over new information technologies as a means of raising the quality of education or extending to new audiences.“* Technisch einfache, preiswerte und dauerhaft stabile Umwandler von – in Entwicklungsländern mit ihren klimatischen Verhältnissen einfach zu gewinnender – Sonnenenergie in Energie zur Betreibung von Radios könnten beispielsweise die Energieversorgungsprobleme lösen (vgl. Skuse 2000).

Gleichzeitig ist eine Perspektive in Investitionen in neue Medien und entsprechende Infrastruktur zu sehen – wenn sie nicht auf Kosten der Unterstützung traditioneller Medien gehen. Ein Aufbau kommunaler Gemeinschafts-PCs würde verhindern, dass die Länder der Dritten Welt vollständig und bewusst von einer Technologie abgekoppelt würden, die für die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft aller Länder vermutlich bedeutsam sein wird. In solchen Einrichtungen, die möglichst schulangebunden sein sollten, könnte dann auch eine medienpädagogische Basisausbildung von Schülerinnen und Schülern erfolgen und die Erarbeitung lokal bedeutsamer Internetangebote. Der technologische Standard muss dabei nicht unbedingt der neueste sein – im Gegenteil: die Verwendung ausrangierter Rechner der Industrieländer würde eine preiswerte Lösung darstellen (vgl. z.B. in diesem Sinne auch OECD 2000). Auf die Einrichtung eines ‚digitalen Solidaritätsfonds‘, wie er vom Senegal – unterstützt von den übrigen Ländern Afrikas und von Südamerika – vorgeschlagen worden war, aus dem Infrastrukturmaßnahmen in den Entwicklungsländern finanziert werden könnten, wollten sich die Industrieländer während des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft allerdings nicht einlassen.

In jedem Fall ist es sinnvoll, beim Aufbau der technischen Infrastruktur eine besondere Aufmerksamkeit auf die Förderung benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen zu legen, und zwar nicht nur aus dem Gedanken der Gleichberechtigung heraus, sondern auch unter zweckrationalen Gesichtspunkten. Skuse (2000, S. 10): *„It is widely recognised that the single most effective mechanism for poverty reduction is through providing education to girls. It has been shown that girls with even the most basic education gen-*

erate more income, have smaller families and are more likely to send their own daughters to school as a result.“ Ob dies außerhalb von Großstädten überhaupt nur ansatzweise realisiert werden kann, muss allerdings offen bleiben.

3.2 Stärkere Kontrolle des Internet?

Wenigstens diskutiert werden sollte die Frage, ob – in Ablösung der bisher kommerziell organisierten – eine öffentliche bzw. staatliche Kontrolle des Internet vorgenommen werden sollte (und sei sie technisch auch noch so schwierig zu realisieren). Das Internet ist erst seit rd. zehn Jahren ein Kommunikationsnetz, das frei zugänglich ist. Zuvor wurde es fünfzehn Jahre lang überwiegend militärisch finanziert und kontrolliert. Anliegen der US-Regierung war, selbst für den Fall eines Atomkrieges ein Kommunikationsmittel zu haben, das nicht zerstört werden könnte und das von allen Punkten der Welt zugänglich ist. In vielen Ländern wird vor dem Hintergrund antidemokratischer Interessen auch heute noch der Zugang zum Internet staatlich kontrolliert und begrenzt.

Es stellt sich daher die grundsätzliche Frage, wie demokratische Prinzipien im Medienbereich am besten geschützt werden können: durch globale Konzerne, staatliche Aufsicht oder eine internationale Regulierungsbehörde, zusammengesetzt beispielsweise aus Vertretern ziviler Organisationen? Chomsky (2003, S. 170): Eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft „benötigt als zentrale Komponente eine demokratische Kommunikationspolitik, die dazu beiträgt, die auf den Nexus von Staat und Wirtschaft beschränkten machtpolitischen Entscheidungsbefugnisse zu entflechten und zu dezentralisieren“. Wie dies im Fall des Internet konkret aussehen kann, ist allerdings eine offene Frage. Zudem sind die Interessen der internationalen Staatengemeinschaft sehr unterschiedlich: Auf dem UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, an dem im Dezember 2003 rd. 15.000 Personen aus 175 Ländern teilnahmen, darunter neben Regierungs- und Wirtschaftsvertretern auch viele Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen, sprachen sich die Vereinigten Staaten und die EU-Länder für die Beibehaltung der bisherigen privaten Organisation der Internetzulassungen aus, während andere Vertreter aus unterschiedlichen Motiven für eine stärkere – staatliche (z.B. China) oder zivilgesellschaftliche (z.B. die Vertreter der Nicht-Regierungsorganisationen) – Kontrolle plädierten. Im Abschlusskommuniqué des UN-Gipfels ist daher letztlich nur die

unverbindliche Formel zu finden, dass die UNO nach einer Alternative zur privaten Organisation *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN) suchen soll, die die Internetadressen vergibt. Eine Entscheidung wurde auf den Folgegipfel in Tunis 2005 verschoben (vgl. <http://www.itu.int/home/index.html>).

Literatur

- Afemann, Uwe: "E-velopment" – Entwicklung durch Internet 2002 [http://www.home.uni-osnabrueck.de/uafemann/Internet_Und_Dritte_Welt/epd.pdf] 16.07.2003]
- Balnaves, Mark/James Donald/Stephanie Hemelryk Donald: Der Fischer Atlas Medien. Frankfurt/M. 2001
- Beck, Ulrich (2003): Verwurzelter Kosmopolitismus. Entwicklung eines Konzepts aus rivalisierenden Begriffsoppositionen. In: Beck, Ulrich/Sznaider, Natan/Winter, Rainer (Hrsg.): „Globales Amerika?“ Die kulturellen Folgen der Globalisierung. Bielefeld, S. 25-43
- Beck, Ulrich/ Schnaider, Natan/ Winter, Rainer (Hrsg.): „Globales Amerika?“ Die kulturellen Folgen der Globalisierung. Bielefeld 2003
- Becker, Jörg/ Oesterheld, Werner (Hrsg.): Radio-Kommunikation in Afrika. Düsseldorf 2002
- Brunkhorst, Hauke/ Kettner, Matthias (Hrsg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt/M. 2000
- Chomsky, Noam: Media Control. Wie die Medien uns manipulieren. Hamburg/Wien 2003
- [G8] G8-Charta von Okinawa über die globale Informationsgesellschaft, 22.07.2000 [http://www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_14593.htm] [13.01.2004]
- Grefe, Christiane: Zwischen alten Stühlen. Studiengebühren, marode Hörsäle, Studentenproteste. In: Die Zeit v. 04.03.2004, S. 64-65
- Hafez, Kai: Internet in Entwicklungsländern. Chance oder Chimäre? In: Nord-Süd aktuell 14 (2000) 3, S. 428-429
- Hafez, Kai: Neue Ökonomie nach alten Regeln? E-Commerce und E-Government im Nahen Osten. In: Engels, Benno/ Nielinger, Olaf (Hrsg.): Elektronischer Handel in Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost. Hamburg 2001, S. 183-200
- Heeks, Richard: Failure, Success and Improvisation of Information Systems Projects in Developing Countries 2002 (= Development Informatics Working Paper Series; 11) [http://idpm.man.ac.uk/publications/wp/di/di_wp11.pdf] 16.07.2003] [<http://www.itu.int/home/index.html>] [15.12.2003]
- Kabelanbieter Comcast greift nach Disney. Feindliche Offerte im Wert von 54 Milliarden Dollar – Größter Medienkonzern der Welt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12.02.2004, Nr. 36, S. 11
- Kesselring, Thomas: Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung. München 2003
- [KPMG] Department for International Development: The Impact of the New Economy on Poor People and Developing Countries. Draft Final Report. London 2000 [<http://www.globalisation.gov.uk/>] 16.07.2003]
- Maas, Harald: Zwischen Flirt und Zensur. Rasanter Marsch zur Informationsfreiheit: China versucht weiterhin, das Internet zu kontrollieren. In: Frankfurter Rundschau Nr. 294 v. 17.12.2003
- NFO Worldgroup: Monitoring Informationswirtschaft. 6. Faktenbericht 2003 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. München 2003
- OECD: Schooling for Tomorrow. Learning to bridge the digital divide – education and skills. Paris 2000
- Perraton, Hilary: Information and Communication Technologies for Education in the South. Report Prepared for the Department for International Development. Cambridge 2000 [<http://62.189.42.51/BackgroundWord/EducationInTheSouthHilaryPerraton.doc>] 16.07.2003]
- Röper, Horst: Formationen deutscher Medienmultis 2002. Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen. In: Media Perspektiven 15 (2002) 9, S. 406-432
- Saxer, Ulrich/ Grossenbacher, René: Medien und Entwicklungsprozess. Eine empirische Studie im westafrikanischen Benin. Köln/Wien 1987
- Scheunpflug, Annette: Stichwort: Globalisierung und Erziehungswissenschaft. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 6 (2003) 2, S. 159-172

- Schmiedel, Michael: Das Internet in der VR China. Ein Netz, zwei Systeme? In: Nord-Süd aktuell 14 (2000) 3, S. 501-512
- Schramm, Wilbur: Mass Media and National Development. The Role of Information in Developing Countries. Stanford 1964
- Sjurts, Insa: Think global, act local – Internationalisierungsstrategien deutscher Medienkonzerne. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12-13/2004, S. 22-29
- Skuse, Andrew: Information Communication Technologies, Poverty and Empowerment. London 2000 [<http://www.dfid.gov.uk>> 20.07.2003]
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Berlin 2002
- STOA Interim Study: An Appraisal of the Technologies of Political Control. Updated Executive Summary Prepared as a Background Document for the September 1998 Part-Session <http://www.europarl.eu.int/stoa/publi/166499/execsum_en.htm?redirected=1> [17.02.2004]
- UNCTAD: World Investment Report. Genf 2003
- [WEF] World Economic Forum: Global Information Technology Report. 2003 <http://www.weforum.org/pdf/Gcr/GITR_2003_2004/Executive_Summary.pdf> [13.01.2004]
- Weirich, Dieter: Die Globalisierung bekommt humane Züge. Neue Medien als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. In: Das Parlament 48 (1998) 40 v. 25.09.1998, S. 12
- [WCSGDG] World Commission on the Social Dimension of Globalization: A Fair Globalization. Creating opportunities for all. Genf 2004 <<http://www.ilo.org/public/english/wcsdg/index.htm>> [05.03.2004]

-
- ¹ Eine adäquate Bezeichnung für die jeweils gemeinten hoch- und gering entwickelten Länder zu finden wird zunehmend schwieriger, seit eine ‚Zweite‘ Welt nicht mehr existiert und ‚Norden‘ bzw. ‚Süden‘ in geografischer Hinsicht ebenfalls nur sehr ungenaue Annäherungen darstellen. Auch die Gegenüberstellung von Industrie- und Entwicklungsländern trifft die Realität nicht vollständig, da zwischen den ökonomischen Zentren hier und dort Wirtschaftsbeziehungen auf hohem Niveau vorhanden sind – nur umfassen solche Zentren in den Industrieländern einen großen Teil der Bevölkerung, während sie in den Entwicklungsländern nur einen Bruchteil der Bevölkerung einschließen.
- ² Diese Relationen sollen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass *absolut* gesehen das größte Potenzial für Internetzugang und -nutzung aufgrund seiner großen Einwohnerzahl in China liegt. Schätzungen gehen davon aus, dass schon 2007 die Mehrheit der Internetnutzer aus dem asiatisch-pazifischen Raum kommen wird (vgl. NFO Worldgroup 2003).
- ³ Entsprechende Globalisierungstendenzen sind auch für die deutschen Medienkonzerne festzustellen, deren Umsatz bereits zu einem beträchtlichen Teil im Ausland erwirtschaftet wird (vgl. Röper 2002).
- ⁴ In diesem Zusammenhang ist darauf aufmerksam zu machen, dass neben der grundsätzlich positiv zu bewertenden Informationsfreiheit durch einen offenen Zugang zum Internet mit diesem gleichzeitig sozial ungerechte und demokratiegefährdende innerstaatliche Tendenzen verbunden sein können, wie die Diskussionen in Deutschland deutlich machen: *digital divide* nach Einkommen und Bildungsgrad, verstärkte Publikationsmöglichkeiten für rechtsextremistische Gruppierungen, vereinfachter Vertrieb von Kinderpornographie – entsprechende Nebenwirkungen ‚importieren‘ ggf. alle Staaten, die sich den neuen Technologien öffnen, so dass vor einer unkritischen Internet-Euphorie nur gewarnt werden kann.
- ⁵ Letztlich können beispielsweise auch die internationalen Schulleistungsvergleiche (wie z.B. TIMSS, PISA und IGLU) als Ausdruck von Globalisierungstendenzen im Bildungsbereich angesehen werden, da sie auf einen gemeinsamen Maßstab bei der Erfassung von Schülerleistungen angewiesen sind. Sie setzen damit Bemühungen aus den 70er und 80er Jahren um die Entwicklung eines ‚Weltcurriculums‘ fort (vgl. Scheunpflug 2003, S. 164f.).